



**Geschäftsführung  
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 01.07.2015

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 28.05.2015, 15:30 Uhr bis 19:12 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Michael Paetzold SPD

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Marion Heuser	GRÜNE	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Frau Polina Frebel (in Vertretung für Frau Schultes)		SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	SPD	
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Christoph Klausning	CDU	
Herr Thomas Welter	CDU	
Herr Horst Ladenberger	GRÜNE	
Frau Julia Woller	GRÜNE	
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	

**Beratende Mitglieder**

Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Dr. Roland Quinten	AfD ab 16:04 Uhr
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen

Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Herr Peter Krücker	Caritasverband

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Christof Wild	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Thilo Fußten	Aidshilfe Köln e.V.

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Monika Schultes	SPD
----------------------	-----

### **Beratende Mitglieder**

Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
--------------------------	--------------

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Beratende Mitglieder**

Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

### **Beratende Mitglieder**

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln

Herr Alexander Sperling

Frau Ulrike Volland-Dörmann

Synagogen-Gemeinde Köln

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der Vorsitzende Herr Paetzold macht zum wiederholten Mal darauf aufmerksam, dass eine Vielzahl der Ausschussmitglieder diese Tätigkeit ehrenamtlich ausüben würde. Wenn eine Flut von Vorlagen die Ausschussmitglieder noch am Tag des Ausschusses erreichen, bestehe nicht mehr die Möglichkeit, diese Vorlagen korrekt durchzulesen, geschweige denn in der Fraktion abzustimmen. Er empfinde dieses Verhalten als respektlos gegenüber den Ausschussmitgliedern. Er dankt zwar Herrn Dr. Becker dafür, dass er die Vorlagen jeweils sofort nach deren Freigabe an die Ausschussmitglieder mailt, aber er bittet darum diese Praxis auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Der Vorsitzende Herr Paetzold verpflichtet Herrn Fußen und Herrn Wild als sachkundige Einwohner.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, dass die Anträge (alle TOP`s unter 8) und die Beschlüsse (alle TOP`s unter 10 und alle TOP`s unter 12) in der Tagesordnung vorziehen und nach dem Vortrag von Frau Ramos behandeln.

Er stellt fest, dass es keine Einwände gegen dieses Vorgehen gebe.

Des Weiteren schlägt er vor, dass die Beschlussvorschläge unter TOP 10.2 bis TOP 10.12 gemeinsam behandelt werden. Er stellt fest, dass es gegen dieses Vorgehen keinen Widerspruch gebe. Er erläutert, dass auch Beschlussvorschläge, die in den Bereich des Gesundheitsausschusses fallen würden, in Absprache mit dessen Vorsitzenden im Sozialausschuss behandelt würden, um noch die nächste Finanzausschusssitzung zu erreichen.

Er schlägt vor, die TOP`s 3.11 und TOP 8.1 gemeinsam zu beraten.

Herr Detjen schlägt vor den TOP 3.10 und TOP 3.12 in die nächste Sitzung zu verschieben. Die TOP`s 3.4, 3.5, 3.6 und 3.7 sollten gemeinsam mit TOP 6 beraten werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ergänzt Herrn Detjen und schlägt vor die TOP`s 3.13, 3.15, 3.16, 3.17 und 3.18 ebenfalls in die nächste Sitzung zu verschieben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über die Genehmigung der so geänderten bzw. ergänzten Tagesordnung abstimmen.

Er stellt fest, dass die so geänderte Tagesordnung einstimmig genehmigt wird.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

Vortrag von Frau Ramos über Bildung und Teilhabe

#### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

#### 3 Beantwortung von Anfragen

3.1 "Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt?" (AN/0379/2015 vom 02.03.2015); TOP 3.9 auf der TO der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
0702/2015

3.2 Pilotprojekt "Willkommen in Köln", TOP 3.8 der TO auf der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
1104/2015

3.3 "Wie ist es um den Datenschutz beim Köln-Pass bestellt?" (AN/0378/2015 vom 02.03.2015); TOP 3.10 der TO auf der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
1201/2015

3.4 Nachfrage von Herrn Detjen zum Thema Kosten der Unterkunft aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.15

Beantwortung der Anfrage zu TOP 6.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.15  
1323/2015

3.5 Nachfrage von Frau Heuser zum Thema Integrationsbegriff

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 9.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 23.04.15  
1326/2015

3.6 Nachfrage von Herrn Scheffer zum Thema Sanktionen

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 6.1 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 23.04.15  
1327/2015

3.7 Nachfrage von Herrn Dr. Schulz zur Inklusionsvereinbarung des Jobcenters Köln

Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 6.1 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 23.04.15  
1330/2015

3.8 Beantwortung einer Anfrage zur Berücksichtigung eines Integrationsbudgets im Haushalt 2015  
1362/2015

3.9 Fahrradverkäufe des Fundbüros  
1541/2015

3.10 Anfrage der Fraktion „Die Linke“ vom 20.04.2015 „Nicht zweckmäßiges Wartesystem für Asylbewerber im Sozialamt Kalk“ (AN/0656/2015)  
1367/2015

3.11 Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken  
1455/2015

3.12 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.04.2015 zur Reichweite des Köln-Passes als Instrument der Armutsbekämpfung  
1524/2015

3.13 Bearbeitung und Freigabe von Anträgen auf Elterngeldbezüge  
1237/2015

3.14 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Schulz zur Ausbildung in der Altenpflege  
1438/2015

3.15 Anfrage AN/0679/2015 "Drohender Wohnungsverlust und Wohnungsräumungen"  
1499/2015

3.16 Ambulante Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz (AN/0818/2015 vom 22.05.2015: TOP 9.2.3 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 28.05.2015)  
1620/2015

3.17 Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie in Köln: Bestandsaufnahme und Heim-TÜV notwendig?  
1641/2015

3.18 Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes für Kleinkinder  
1601/2015

## **4 Mitteilungen**

- 4.1 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2014/2015 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren; TOP 4.6 auf der TO der SoSe Sitzung vom 23.04.2015  
0956/2015
- 4.2 "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung; TOP 4.5 auf der TO Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015
- Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode  
1065/2015
- 4.3 Soziale Stadt Köln-Lindweiler  
hier: Sachstand  
1207/2015
- 4.4 Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ am 23. Und 24. Juni 2015 im Gürzenich Köln  
1261/2015
- 4.5 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen"  
1410/2015
- 4.6 Bericht zur Revision der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe (BuT) für die Jahre 2012 und 2014 - Bezug: Vorlage 2995/2014 aus der Sitzung vom 20.11.2014  
1023/2015

## **5 Wohnen**

- 5.1 Pegel Köln 1/2015  
Wohnungsmarkt Köln - Expertenbefragung 2014 -  
Höhere Anspannung bei gestiegenem Investitionsklima  
1176/2015
- 5.2 Pegel Köln 2/2015  
Einwohnerentwicklung 2014  
1224/2015

## **6 JobCenter Köln**

- 6.1 Bericht des Jobcenters  
1333/2015

## **7 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**

- 7.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2015  
1512/2015

## **8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

- 8.1 Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken; TOP 8.1 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0235/2015
- 8.2 Flüchtlingsheime ans Netz! TOP 8.2 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 24.03.2015  
AN/0538/2015

## **9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

- 9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
  - 9.1.1 Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie in Köln: Bestandsaufnahme und Heim-TÜV notwendig? TOP 9.2.1 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0653/2015
  - 9.1.2 Reichweite des Köln-Passes als Instrument der Armutsbekämpfung; TOP 9.2.2 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0655/2015
  - 9.1.3 Nicht zweckmäßiges Wartesystem für Asylbewerber im Sozialamt Kalk; TOP 9.2.3 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0656/2015
  - 9.1.4 Drohender Wohnungsverlust und Wohnungsräumungen; TOP 9.2.4 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0679/2015
  - 9.1.5 Bearbeitung und Freigabe von Anträgen auf Elterngeldbezüge; TOP 9.2.5 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0651/2015

- 9.2 Aktuelle Anfragen
  - 9.2.1 Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes für Kleinkinder  
AN/0788/2015
  - 9.2.2 Kürzung von Fördermitteln für die Jobcenter  
AN/0802/2015
  - 9.2.3 Ambulante Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz  
AN/0818/2015
  - 9.2.4 Welche städtischen Einrichtungen machen am 20. Juni 2015 ihre Türen auf?  
AN/0819/2015
  - 9.2.5 Flüchtlingsunterkunft Pohlstadtsweg  
AN/0852/2015
  
- 10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
  - 10.1 Geschäftsordnung für die Seniorenvertretung der Stadt Köln (GO SVK)  
1416/2015
  - 10.2 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 "Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 - Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen" AN/1604/2014  
Hier: GA 8 Aufbau/Erhalt von Gesundheitszentren für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte  
1344/2015
  - 10.3 Einrichtung eines Gesamtbudgets („Integrationsbudget“) zur Umsetzung des 'Interkulturellen Maßnahmenprogramms - Maßnahmenempfehlungen'  
1267/2015
  - 10.4 Rücknahme der Kürzung von Mitteln für Antirassismustraining  
1284/2015
  - 10.5 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen,, AN/1604/2014  
Hier: GA 9 Verbesserung der psychosozialen Betreuung von Flüchtlingen  
1331/2015
  - 10.6 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen,, AN/1604/2014  
Hier: GA4 Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern bei der Stadtverwaltung Köln als "Integrationslotsen im Gesundheitswesen"  
1342/2015

- 10.7 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen“ AN/1604/2014  
Hier: GA 2 Interkulturelle Öffnung der Suchtberatungsstellen  
1295/2015
- 10.8 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen,, AN/1604/2014  
Hier: GA1 Fortschreibung Gesundheitswegweiser für Kölner/innen mit Zuwanderungsgeschichte  
1320/2015
- 10.9 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen,, AN/1604/2014  
Hier: GA5 Einrichtung eines Budgets in Höhe von 50.000 € zum Einsatz von Sprach- und Integrationsmittlern/innen im Gesundheitswesen  
1329/2015
- 10.10 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 "Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 - Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen" AN/1604/2014  
Hier: GA 6 Einrichtung einer Koordinierungsstelle "Gesundheit und Migration"  
1341/2015
- 10.11 Interkulturelles Maßnahmenprogramm- Maßnahmenempfehlungen  
Hier: "Einrichtung eines Budgets zum Einsatz von professionellen Sprach- und Integrationsmittlern im Rahmen eines gesamtstädtischen Konzeptes mit 200.000 €/ Jahr"  
1402/2015
- 10.12 Einrichtung einer Personalstelle zu Prävention und Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung  
1604/2015
- 10.13 Resolution zu "Barrierefreies Wohnen"  
hier: Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 26.02.2015  
0790/2015
- 11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 12 Ausschussempfehlungen an den Rat**
- 12.1 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen  
(Beschluss vom 17.12.2013, 2829/2013)  
1175/2015

- 12.2 Verbraucherberatung im Quartier  
1324/2015
- 12.3 Gesundheits-Chipkarte zur medizinischen Versorgung nach §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)  
1408/2015
- 12.4 Einleitung des Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrags zur Inventarausstattung von Flüchtlingsunterkünften  
1446/2015
- 12.5 Barrierefreies Wohnen  
hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW  
0787/2015
- 13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 14 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**
- 14.1 Förderung des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe durch das Land NRW  
1270/2015
- 14.2 Verkauf städtischer Grundstücke Merkenicher Straße/ Niehler Damm in Köln-Niehl und Thuleweg/ Frankenforster Straße in Köln-Höhenhaus zur Errichtung von konventionellen Flüchtlingsunterkünften  
1404/2015
- 14.3 Bericht  
1421/2015

## I. Öffentlicher Teil

### Vortrag von Frau Ramos über Bildung und Teilhabe

Frau Ramos referiert über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Der Vortrag wurde den Ausschussmitgliedern während der Sitzung ausgehändigt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt Frau Ramos für den interessanten Vortrag.

Herr Detjen fragt, ob die Gruppe der Asylbewerber besser angesprochen werden könnte, um BuT stärker in Anspruch zu nehmen. Er fragt weiter, ob die Kosten für die Bildungskarte auf den Bund übertragen werden und ob die Bildungskarte mit dem Köln-Pass kombiniert werden kann.

Frau Hollmann fragt, ob das Budget, welches vom Land NRW bereitgestellt werde, immer nur die finanzielle Höhe des Vorjahres beinhalte. Bei einer verstärkten Nutzung des BuT würde so ein finanzielles Delta entstehen, welches dann von der Stadt Köln getragen werden müsse. Wie viele Mitarbeiter/innen arbeiten im Bereich BuT und werden die Kosten ebenfalls vom Land oder vom Bund getragen?

Frau Ramos antwortet, dass beabsichtigt sei, mit den Trägern in Flüchtlingseinrichtungen und dem sozialen Dienst des Amtes für Wohnungswesen in Gespräche einzutreten, um das Angebot für die Asylbewerber weiter auszubauen. Die Kosten für die Bildungskarte könnten anteilmäßig vom Bund erstattet werden. Eine Kombination von Bildungskarte mit dem Köln-Pass sei grundsätzlich möglich.

Zur Frage von Frau Hollmann antwortet sie, dass die Budgeterstellung für BuT sehr schwierig sei. Im schlimmsten Fall könne das Geld, welches das Land vom Bund erhalte (es handelt sich immer um Bundesmittel) nicht mehr auskömmlich sein. Dann könnten auch Kosten auf die Stadt Köln zukommen. Eine Bundeserstattung der Aufwände für BuT durch das Land erfolge anteilig in der Quote, die die Kölner Ausgaben für BuT gemessen an den Gesamtausgaben des Landes für das BuT ausmache und in Abhängigkeit der Höhe der Mittel, die dem Land für das BuT insgesamt zur Verfügung stehen.

Bei der Stadt Köln arbeiten ca. 30 Sachbearbeiter/innen im Bereich BuT, beim Jobcenter arbeiten 29 Sachbearbeiter/innen im gleichen Bereich. Die Verwaltungskosten können für die Rechtskreise SGB II, Wohngeld und Kinderzuschlag anteilig dem Bund in Rechnung gestellt werden.

Herr Krücker regt an, die Entwicklung eines Gutscheinhefts für Asylbewerberleistungsgesetzempfänger zu prüfen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt Herrn Ferber, der Ende Mai die Stadtverwaltung Köln verlässt, für seine Arbeit und verabschiedet ihn mit den besten Wünschen seine Zukunft. (Zustimmender Beifall der Ausschussmitglieder)

- 1 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 **Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 **Beantwortung von Anfragen**
- 3.1 **"Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt?" (AN/0379/2015 vom 02.03.2015); TOP 3.9 auf der TO der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 23.04.2015 0702/2015**

Frau Heuser bittet darum, dass die Beantwortung der Anfrage auch dem Verkehrsausschuss vorgelegt wird.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

- 3.2 **Pilotprojekt "Willkommen in Köln", TOP 3.8 der TO auf der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 23.04.2015 1104/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

- 3.3 **"Wie ist es um den Datenschutz beim Köln-Pass bestellt?" (AN/0378/2015 vom 02.03.2015); TOP 3.10 der TO auf der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 23.04.2015 1201/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

- 3.4 **Nachfrage von Herrn Detjen zum Thema Kosten der Unterkunft aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.15**  
**Beantwortung der Anfrage zu TOP 6.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 05.03.15 1323/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 6 behandelt.

Herr Detjen bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage.

Frau Heuser fragt, warum sich die Zahlen bis 2012 nach unten entwickelt haben. Wenn man die Tabellen „Entwicklung der Kosten der Unterkunft (KdU) seit 2009“ und „Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften“ vergleicht, fällt auf, dass sich die Bedarfsgemeinschaften von 2009 bis 2014 kaum erhöht haben. Die Kosten der Unter-

kunft hingegen sind im Gegensatz dazu aber sehr stark gestiegen. Sie fragt, wie diese Kostenerhöhung zustande komme.

Herr Wagner antwortet, dass es in den vergangenen Jahren zwar eine kaum gestiegene Anzahl an Bedarfsgemeinschaften, allerdings eine enorme Steigerung der Miet- und Mietnebenkosten gegeben habe, wie in der Graphik deutlich werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **3.5 Nachfrage von Frau Heuser zum Thema Integrationsbegriff**

#### **Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 9.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 23.04.15 1326/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 6 behandelt.

Frau Heuser fragt, wie die Integrationszahlen ermittelt werden.

Herr Wagner antwortet, dass die Zahlen alle sechs Monate angepasst und korrigiert werden. Es handele sich um ein fließendes System.

Frau Heuser fragt nach einer Gegenüberstellung der Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in 2014 und der, erfolgten Integrationen in 2014. Darüber hinaus ist sie sehr am Thema Nachhaltigkeit von Integrationen interessiert. Sie regt eine Auswertung der Rückkehrer an, die nach erfolgter Integration weniger als 6 Monate im Beschäftigungsverhältnis standen und erneut SGB II- Leistungen beantragt haben.

Herr Wagner sagt den geforderten Vergleich zur kommenden Sitzung zu. Er äußert jedoch Bedenken, dass die statistische Auswertung der Nachhaltigkeit in der gewünschten Form möglich und aussagekräftig sei. Dies wird er „hausintern“ prüfen lassen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **3.6 Nachfrage von Herrn Scheffer zum Thema Sanktionen**

#### **Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 6.1 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 23.04.15 1327/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 6 behandelt.

Herr Scheffer dankt für die Beantwortung. Er bittet die Gründe, warum die Menschen die vereinbarten Termine nicht wahrnehmen, dem Ausschuss Soziales und Senioren mitzuteilen.

Herr Wagner antwortet, dass er in der nächsten Sozialausschusssitzung beispielhafte Gründe aufführen werde, die zur Versäumung von Terminen führen. Er weist darauf hin, dass Sanktionen nicht automatisch ausgesprochen werden, wenn jemand einen Termin versäume. Es erfolgt zunächst immer eine Anhörung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **3.7 Nachfrage von Herrn Dr. Schulz zur Inklusionsvereinbarung des Jobcenters Köln**

#### **Beantwortung der mündlichen Anfrage zu TOP 6.1 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 23.04.15 1330/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 6 behandelt.

Herr Dr. Schulz bedankt sich für die Beantwortung. Er fragt, welche Personengruppe unter dem in der Beantwortung stehenden Begriff „von Behinderung bedrohten Frauen“ zu verstehen sei.

Herr Wagner sagt eine schriftliche Beantwortung zur kommenden Sitzung zu.

Frau Schmerbach regt an, die Inklusionsvereinbarung für den städtischen Bereich zu verändern.

Herr Ladenberger fragt, warum die Einbeziehung „Dritter“ nicht aufgeführt sei und wie die Haltung des Jobcenters dazu sei.

Herr Wagner antwortet, dass er um ein bilaterales Gespräch mit Herrn Ladenberger bittet. Die Haltung des Jobcenters z.B. bei technischen Hilfsmitteln der Büroausstattung sei, dass der Integrationsfachdienst bzw. der Landschaftsverband in Anspruch genommen werde. Außerdem gibt es bei der Bundesagentur für Arbeit einen technischen Berater, der bei Bedarf beratend und unterstützend zur Seite steht. Diese Zusammenarbeit funktioniere sehr gut.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **3.8 Beantwortung einer Anfrage zur Berücksichtigung eines Integrationsbudgets im Haushalt 2015 1362/2015**

Herr Detjen macht darauf aufmerksam, dass nicht geklärt sei, wie sich das Budget exakt zusammensetzen würde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **3.9 Fahrradverkäufe des Fundbüros 1541/2015**

Herr Klausing fragt, ob auch die Personalkosten berücksichtigt seien. Er bittet darum exakt den Gewinn aufzuführen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.10 Anfrage der Fraktion „Die Linke“ vom 20.04.2015 „Nicht zweckmäßiges Wartesystem für Asylbewerber im Sozialamt Kalk“ (AN/0656/2015) 1367/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

**3.11 Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken 1455/2015**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 8.1 behandelt.

**3.12 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.04.2015 zur Reichweite des Köln-Passes als Instrument der Armutsbekämpfung 1524/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

**3.13 Bearbeitung und Freigabe von Anträgen auf Elterngeldbezüge 1237/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

**3.14 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Schulz zur Ausbildung in der Altenpflege 1438/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.15 Anfrage AN/0679/2015 "Drohender Wohnungsverlust und Wohnungsveränderungen" 1499/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

**3.16 Ambulante Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz (AN/0818/2015 vom 22.05.2015: TOP 9.2.3 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 28.05.2015) 1620/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

**3.17 Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie in Köln: Bestandsaufnahme und Heim-TÜV notwendig?  
1641/2015**

Herr Hagedorn fragt, wieso das Bundesamt die Kosten (Frage 3) nicht übernehmen würde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

**3.18 Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes für Kleinkinder  
1601/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Aussprache zu der Beantwortung in die nächste Sitzung.

**4 Mitteilungen**

**4.1 Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2014/2015 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren; TOP 4.6 auf der TO der SoSe Sitzung vom 23.04.2015  
0956/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass es einen milden Winter gab der die Situation für die Wohnungslosen etwas entspannt habe. Er bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich bei den Winterhilfeaktivitäten (zum Teil sogar ehrenamtlich, wie z.B. bei den Kältegängen) engagiert hätten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.2 "Starke Quartiere - starke Menschen" - Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2020) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung; TOP 4.5 auf der TO Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015**

**Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode  
1065/2015**

Frau Hollmann fragt, in welchen Handlungsfeldern das Sozialdezernat seine Schwerpunkte setze. Dies könne auch schriftlich beantwortet werden.

Herr Detjen fragt, wie weit das Projekt in der Umsetzung sei?

Frau Fohlmeister antwortet auf die Frage von Herrn Detjen, dass die Verfahren und Inhalte in mehreren ämterübergreifenden Workshops und Sitzungen abgesprochen wurden. In einem ersten Schritt wurden die Grundlagen zur Programmgebietsauswahl gelegt. Dies wurde gemeinsam mit den Bürgerämtern, Fachämtern, dem Jobcenter und Beteiligung externer Fachkräfte durchgeführt. Im Augenblick sei man an einem Punkt, an dem man sich mit den Maßnahmen beschäftige. Das Ziel sei es, bis zum Sommer ein konkretes Maßnahmenkonzept vorzulegen, da man sonst im Jahr 2016 nicht mehr in der finanziellen Förderung berücksichtigt werden könne. Nach der Sommerpause könne man dann in die politische Beratung gehen.

Frau Heuser fragt, ob unter dem extremen Zeitdruck die beabsichtigte intensive öffentliche Kommunikation gewährleistet werden könne und ob es gewährleistet sei, dass die Bürger/innen an dem Prozess teilnehmen können. Sie bittet zu prüfen, ob die finanziellen Mittel einer Priorisierung unterzogen werden könnten, damit ausgewählte Maßnahmen effektiv gefördert werden könnten.

Frau Fohlmeister antwortet, dass durch das Einbeziehen der Schnittstellen eine gute Bürger/innen-Beteiligung gewährleistet sei. Des Weiteren solle die am 01.06.2015 stattfindende Veranstaltung nur ein Auftakt sein. In der Umsetzungsphase werde die Beteiligung der Bürger/innen zu konkreten Maßnahmen immer wieder eingefordert. Eine Prioritätensetzung sei mit zwei Schwerpunkten gewährleistet. Erstens gleichmäßig in die Breite zu gehen und zweitens besondere Spezifikationen aufzugreifen.

Herr Santelmann ergänzt, dass das Sozialamt sich bereits sehr stark mit in den laufenden Prozess eingebracht habe und dies auch weiter machen werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

#### **4.3 Soziale Stadt Köln-Lindweiler hier: Sachstand 1207/2015**

Herr Jachtner fragt, ob bereits im Vorfeld die Unterlagen bereitgestellt werden könnten, damit die Förderanträge in Zukunft rechtzeitig gestellt werden könnten.

Frau Fohlmeister antwortet, dass erste Vorplanungen bereits erfolgt seien. Die Vorlaufzeiten für die Förderanträge seien im Normalfall ausreichend. Durch die Verkürzung der Antragsfrist in diesem Jahr sei eine rechtzeitige Erstellung der Förderantragsunterlagen nicht möglich gewesen. Der Planungsprozess sei aber so, dass der nächste Fördertermin erreicht werden könne.

Frau Heuser fragt, aus welchen Personen der Beirat bestehen solle.

Frau Fohlmeister antwortet, dass sich der Beirat aus lokalen Trägern des Bezirkes Chorweiler, dem Stadtteil Lindweiler und aus der Bezirksvertretung zusammensetze

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.4 Aktionstage „gesund & mobil im Alter“ am 23. Und 24. Juni 2015 im Gürzenich Köln  
1261/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.5 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen"  
1410/2015**

Frau Hollmann fragt, ob Daten aus Ehrenfeld nachgeliefert werden könnten, wo die Projektidee entstanden sei, welche Arbeitsgebiete gemeint seien und wo sich weitere Synergien in dem Projekt ergeben könnten.

Frau Rehberg antwortet, dass Zahlen aus Ehrenfeld zur nächsten Sitzung nachgereicht werden. Die noch nicht ausgereifte Projektidee komme aus Ehrenfeld und wurde mit in das gesamte Projekt integriert. Man versuche junge Menschen auf den Beruf vorzubereiten und gleichzeitig gezielt an der Sprachkompetenz zu arbeiten. Die Synergieeffekte zwischen den Trägern seien vorhanden. Jeden Monat gebe es z.B. ein Trägertreffen und ein operatives Treffen. Eine genaue schriftliche Antwort werde zur nächsten Sitzung nachgereicht.

Frau Heuser fragt, warum die Personalvermittlung keine Menschen aus Rumänien und Bulgarien mehr einstellen werden, da sie mit diesen Nationalitäten schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Welche schlechten Erfahrungen seien gemeint?

Frau Rehberg sagt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

Herr Detjen berichtet über gute Erfahrungen von einer Kooperation zwischen Polizei, Trägern, Bezirksamt und weiteren Trägern.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob die beiden Projekte Ende am 31.12.2015 enden würden und ob es Planungen zu Folgeprojekten gebe.

Frau Rehberg antwortet, dass die Projekte am 31.12.2015 enden. Es werde versucht, weitere finanzielle Mittel zu akquirieren und damit neue Projekte zu entwickeln.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.6 Bericht zur Revision der Bundesmittel für Bildung und Teilhabe (BuT) für die Jahre 2012 und 2014 - Bezug: Vorlage 2995/2014 aus der Sitzung vom 20.11.2014  
1023/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

## 5 Wohnen

### 5.1 Pegel Köln 1/2015 Wohnungsmarkt Köln - Expertenbefragung 2014 - Höhere Anspannung bei gestiegenem Investitionsklima 1176/2015

Frau Heuser dankt für den Bericht. Die Antworten des Berichtes fand sie jedoch vorhersehbar. Sie fragt, ob das Investitionsklima tatsächlich so gut sei, wie es in dem Bericht beschrieben werde. Bei Bestandsmaßnahmen werde keine ausreichende Rentabilität von Investitionen erzielt, ab wann wären die Investitionen rentabel? Warum werde die Schaffung von Großraumwohnungen niedriger bewertet?

Herr König antwortet, dass mit den Antworten der Experten ein periodisches Stimmungsbild gezeichnet wurde, welches darlegt, dass der Kölner Wohnungsmarkt angespannt sei und in naher Zukunft auch angespannt bleiben werde. Im Einzelfall könne die Meinung der Verwaltung von den hier dargestellten Expertenmeinung jedoch abweichen. Als Beispiel sei hier die Zahl der Baugrundstücke für Einfamilienhäuser genannt. Nach dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen gebe es nach Schaffung von Planungsrecht und der Erschließung ein ausreichendes Angebot an Bauland für Einfamilienhäuser. Die Experten sind aber gemäß der Befragung der Auffassung, dass zu wenig Bauland vorhanden sei.

Die Gründe für eine nicht ausreichende Rentabilität der Investitionen wurden im Einzelnen gar nicht abgefragt. Trotzdem käme man durch die bestehenden Antworten zu einem Meinungsbild.

Herr Dr. Schulz fragt, welche Schlüsse die Verwaltung aus den vorliegenden Ergebnissen ziehe.

Herr König antwortet, dass die Verwaltung plane, entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung von aufgezeigten Schwächen durchzuführen.

Frau Schmerbach stellt fest, dass es eine steigende Nachfrage nach betreutem und barrierefreiem Wohnen gebe. Sie fragt, wie Investoren dazu motiviert werden können, diese steigende Nachfrage zu erfüllen.

Herr König antwortet, dass die Befragung zeige, dass der Kölner Wohnungsmarkt für Investoren sehr differenziert zu betrachten sei. Die Verwaltung habe natürlich ein enormes Interesse, dass preiswerter Wohnraum gebaut werde. Im Hinblick auf barrierefreies Wohnen wies er darauf hin, dass Fördervoraussetzung für den geförderten Mietwohnungsbau sei, dass barrierefrei gebaut werde. Das Mehrgenerationenwohnen würde, auch mit Unterstützung der Stadt, mit fünf Projekten in Köln umgesetzt. Zurzeit werde ein weiteres Projekt – im Neubaugebiet „Sürther Feld“ - realisiert. Das studentische Wohnen werde ebenfalls forciert.

Frau Hoyer fragt, ob langfristig das Interesse von Investoren am Mehrgenerationenwohnen zunehmen werde.

Herr König antwortet, dass diese Frage bei einer weiteren Befragung zusätzlich abgefragt werden könne.

Herr Ladenberger fragt, ob auch weitere Akteure bei zukünftigen Befragungen (z.B. Mieterbund) befragt werden.

Herr König antwortet, dass 300 Unternehmen (Genossenschaften, Bauunternehmen usw.) befragt wurden, um eine Gesamtübersicht über die Kölner Wohnungssituation zu erhalten. Hierzu gehörten auch Interessenvertretungen wie der Kölner Mieterver-

ein. Die unterschiedlichen Aussagen sind in den Ergebnissen zusammengefasst und abgebildet.

Frau Heuser fragt, wann die Investoren feststellen würden, dass sich eine Investition lohnen würde.

Herr König antwortet, dass über die schriftliche Befragung hinaus weitere Gespräche mit Investoren geführt werden müssten, um in Erfahrung zu bringen, ab wann sich Investitionen nach Meinung der Investoren lohnen würden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **5.2 Pegel Köln 2/2015 Einwohnerentwicklung 2014 1224/2015**

Herr Kersjes macht darauf aufmerksam, dass die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe in Köln die der über Fünfzigjährigen seien. Für ihn gebe es daher keine Gründe in der offenen Seniorenarbeit finanzielle Einsparungen vorzunehmen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **6 JobCenter Köln**

### **6.1 Bericht des Jobcenters 1333/2015**

Herr Dr. Schulz fragt hinsichtlich des Kundenkontakt-Managements für das Fallmanagement, wie die große Kontaktdichte zustande komme, ob z.B. jeder Telefonkontakt gezählt werde. Er fragt, ob es zukünftige Schwerpunkte zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit (ESF Programm) gebe.

Frau Hollmann bringt zum Ausdruck, dass sie hoffe, dass das Jobcenter einen Schwerpunkt auf die Reduzierung der Zahl der Langzeitarbeitslosen setze. Sie fragt, mit welchen Fallzahlen im Bewerbercenter kalkuliert wurde.

Herr Klausning fragt, wie die Entwicklung der KdU zum Jahresende ausfallen werde.

Herr Wagner antwortet, dass 70% der Arbeitszeit im Kundenfallmanagement für den unmittelbarem Kundenkontakt genutzt werde und 30% für Sachbearbeitung. Beratungstätigkeit heißt aber nicht in jedem Fall nur die „Eins zu Eins“ Beratung zwischen Berater/in und Kunde/in, es werden auch andere gute Beratungsmethoden genutzt, um u.a. auch gruppendynamische Effekte zu erzielen.

Die Frage nach den möglichen Fallzahlen im Bewerbercenter kann er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret beantworten. Die Bewerbercenter sollen aber so viel wie möglich von den Kunden/innen genutzt werden. Das ESF - Bundesprogramm werde er in der nächsten Sitzung vorstellen.

Das Jobcenter Köln fühle sich an die abgeschlossene Zielvereinbarung bei den KdU gebunden. Die vereinbarte Zielmarke nicht zu überschreiten, werde jedoch enorm schwierig.

Herr Klausing bemerkt, dass die Stadt Köln knapp vor einem Nothaushalt stehe. Er bittet um einen guten Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Jobcenter.

Herr Wagner bestätigt, dass es einen guten Austausch zwischen der Verwaltung und dem Jobcenter gebe.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **7 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**

### **7.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2015 1512/2015**

Herr Dr Schulz teilt mit, dass er positiv zur Kenntnis genommen habe, dass Peter Singer bei der phil. Cologne eingeladen wurde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

### **8.1 Gegen Gewalt an Frauen - Frauenhäuser stärken; TOP 8.1 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015 AN/0235/2015**

Die Beantwortung unter TOP 3.11 wird gemeinsam mit TOP 8.1 behandelt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert an das Fachgespräch zu diesem Thema am 26.05.2015. Er macht für die SPD Fraktion weiteren Beratungsbedarf geltend.

Frau Hoyer dankt der Verwaltung für die Beantwortung. Sie erklärt für die FDP Fraktion, dass sie den vorliegenden Antrag aufrecht halte, da sich die Situation für die betroffenen Frauen nicht verändert habe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass die SPD Fraktion heute nicht zustimmen könne, da die Grundlage für den Antrag noch nicht geprüft werden konnte. Er beantragt daher, den vorliegenden Antrag in die nächste Sitzung zu verschieben.

Herr Detjen unterstützt den Antrag des Vorsitzenden Herrn Paetzold. Er fragt, wie weit die Gespräche mit der GAG zu diesem Thema vorangeschritten seien. An Frau Reker stellt er die Frage, wie sanierungsbedürftig das erste Frauenhaus sei?

Frau Woller berichtet, dass sich die frauenpolitischen Sprecherinnen der demokratischen Fraktionen des Rates (außer CDU) getroffen haben. Bei diesem Treffen habe man den Konsens gehabt, dass man sich für eine Verbesserung der Situation von Gewalt betroffenen Frauen einsetzen möchte. Sie möchte den Antrag ebenfalls in die nächste Sitzung schieben. Sie bedankt sich für die Beantwortung. Sie fragt, ob betroffene Frauen von den Frauenhäusern aus dem anonymen, geschützten Bereich, in den offenen, ambulanten betreuten Bereich wechseln könnten. Sie bittet um eine weitere Auflistung der Verweildauer der Frauen in den Frauenhäusern. In die Zeitabschnitte – bis drei Monate, drei bis sechs Monate, sechs Monate bis ein Jahr, über ein Jahr.

Sie fragt, aus welcher Befragung die Antwort unter 9 (1455/2015) stammen würden. Zu dem Sachbericht fragt sie, was sich unter dem Ablehnungspunkt „Sonstiges“ verberge und bittet um eine exakte Auflistung der Ablehnungsgründe. Da Frauen mit drei oder mehr Kindern häufig abgelehnt werden müssen, stelle sie die Frage, ob es möglich wäre, den Neubau des ersten Frauenhauses so zu gestalten, dass auch Frauen mit drei und mehr Kindern in das Frauenhaus aufgenommen werden können. Sie fragt weiter, ob betroffene Frauen im Rahmen des Telefondienstes Anfragen von ebenfalls betroffenen Frauen annehmen würden. Wenn dem so sein sollte, regt sie an, dass der „Freiwilligen Dienst“ diese Aufgabe übernehmen solle. Sie bittet um einen Überblick der Angebote für die in Köln von Gewalt betroffenen Frauen und fragt, ob eine Vernetzung der Träger dieser Angebote stattfinde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum diese Fragen schriftlich zu beantworten. Er fragt, ob das erste Frauenhaus nicht um einige Plätze erweitert, barrierefrei und so ausgestattet werden könne, dass auch Mütter mit Jungen, die älter als zwölf Jahre sind, dort aufgenommen werden könnten.

Frau Reker antwortet, dass die Verwaltung anstrebe, das erste Frauenhaus um weitere Plätze zu erweitern, es barrierefrei gestalten möchte und so auszustatten, dass auch Mütter mit Jungen über zwölf Jahre dort einziehen können. Sie antwortet auf die Frage von Herrn Detjen, dass dem Augenschein nach ein enormer Renovierungsbedarf des ersten Frauenhauses vorhanden sei.

Frau July antwortet auf die Frage von Herrn Detjen, dass die Verhandlungen mit der GAG sehr konkret seien. Sie berichtet, dass die GAG auf ein Signal aus der Verwaltung warte, wie sie planen können. Die Bereitschaft der GAG als Investor sei gegeben, das erste Frauenhaus in der Weise zu renovieren, wie Herr Paetzold es gefordert und Frau Reker es angekündigt habe.

Frau Heuser fragt, ob es möglich sei, Kooperationen mit Frauenhäusern, auch im Kölner Umland, anzustreben oder ob es diese Kooperationen eventuell schon gebe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Vorschlag, den Antrag in die nächste Sitzung zu schieben, zur Abstimmung auf.

### **Beschluss:**

Der Antrag wird in die nächste Sitzung verschoben

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei einer Gegenstimme von Frau Hoyer **angenommen**

## **8.2 Flüchtlingsheime ans Netz! TOP 8.2 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 24.03.2015 AN/0538/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass der vorliegende Antrag ein wichtiges Thema anschneide. Da die Fachfragen aus der letzten Sitzung noch nicht beantwortet seien, schlägt er vor auch diesen Antrag in die nächste Sitzung zu verschieben. Er ruft zur Abstimmung auf.

Der Antrag wird in die nächste Sitzung verschoben.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

### **9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

#### **9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen**

**9.1.1 Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie in Köln: Bestandsaufnahme und Heim-TÜV notwendig? TOP 9.2.1 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0653/2015**

**9.1.2 Reichweite des Köln-Passes als Instrument der Armutsbekämpfung; TOP 9.2.2 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0655/2015**

**9.1.3 Nicht zweckmäßiges Wartesystem für Asylbewerber im Sozialamt Kalk; TOP 9.2.3 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0656/2015**

**9.1.4 Drohender Wohnungsverlust und Wohnungsräumungen; TOP 9.2.4 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0679/2015**

**9.1.5 Bearbeitung und Freigabe von Anträgen auf Elterngeldbezüge; TOP 9.2.5 der TO der Sitzung Soziales und Senioren vom 23.04.2015  
AN/0651/2015**

#### **9.2 Aktuelle Anfragen**

Herr Klausing fragt nach dem aktuellen Sachstand zu dem Thema E-Scooter.

Herr Dr. Bell antwortet, dass es zur Zeit aus haftungstechnischen Gründen keine Alternativen, zum Transport mit E-Scootern durch die KVB gebe. Die KVB prüfe momentan verschiedene Vorrichtungen, um die E-Scooter während der Fahrt zu sichern. Sobald die Ergebnisse vorlägen, werde er den Sozialausschuss darüber informieren.

**9.2.1 Inanspruchnahme des Betreuungsgeldes für Kleinkinder  
AN/0788/2015**

**9.2.2 Kürzung von Fördermitteln für die Jobcenter  
AN/0802/2015**

- 9.2.3 Ambulante Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz  
AN/0818/2015**
- 9.2.4 Welche städtischen Einrichtungen machen am 20. Juni 2015 ihre Türen  
auf?  
AN/0819/2015**
- 9.2.5 Flüchtlingsunterkunft Pohlstadtsweg  
AN/0852/2015**
- 10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes  
Nordrhein-Westfalen**
- 10.1 Geschäftsordnung für die Seniorenvertretung der Stadt Köln (GO SVK)  
1416/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Geschäftsordnung mit der Seniorenvertretung abgeprochen sei. Er ruft den Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass bei der Festlegung der Tagesordnung beschlossen worden sei, die Tagesordnungspunkte 10.2 bis TOP 10.12 im Block zu diskutieren und darüber Beschluss zu fassen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt die als Anlage zu dieser Vorlage angefügte Geschäftsordnung für die Seniorenvertretung der Stadt Köln (GO SVK).

**Begründung der Dringlichkeit:**

Aufgrund der aktuellen Situation besteht akuter unabweisbarer Bedarf an der Umsetzung der Geschäftsordnung der Seniorenvertretung der Stadt Köln.

Die Sitzung des Fachausschusses konnte aufgrund verwaltungsinterner Abstimmungsbedarfe nicht fristgerecht erreicht werden.

Die nächste Beratung des Ausschusses kann nicht abgewartet werden (nach den Sommerferien).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

- 10.2 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 "Änderungsantrag zur  
Beschlussvorlage 2225/2014 - Interkulturelles Maßnahmenprogramm -  
Maßnahmenempfehlungen" AN/1604/2014  
Hier: GA 8 Aufbau/Erhalt von Gesundheitszentren für Menschen mit Zu-  
wanderungsgeschichte  
1344/2015**

Herr Detjen stellt fest, dass dem Ausschuss Soziales und Senioren 10 Verwaltungsvorlagen zum interkulturellen Maßnahmenprogramm von Frau Reker ohne finanzielle Deckung vorgelegt worden seien. Dies sei für ihn keine solide und verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Nachdem die Mitglieder in der letzten Ausschusssitzung um ein Fachgespräch gebeten hatten, um über konkrete Haushaltsumsetzungen unterrichtet zu werden, fand dieses Fachgespräch zwar statt, die benötigten Informationen zu den Haushaltsumsetzungen wurden jedoch nicht vorgelegt. Auf Drängen der Politik legte dann die Kämmerei eine Gesamtliste über die Kürzungen bei den Transferleistungen vor. Wenige Tage später bekamen die Mitglieder des Ausschusses dann die gleichen Daten vom Dezernat V noch einmal mit Kommentierungen. Er nennt ein Beispiel: Die Kürzung der Zuschüsse für Checkpoint (ehemals Schwips) von 28.700 auf 25.701 Euro in der HIV-Früherkennung wurde mit dem Kommentar versehen: „Eine Reduzierung der Zuschüsse hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Anstieg der Neuinfektionen zur Folge“. Diese Bemerkung will Herr Detjen nicht anzweifeln, sondern die Frage aufwerfen, ob nicht verantwortliches Handeln des Dezernats V zu einer Deckung für diese Haushaltskürzung hätte führen müssen: 2.999 Euro bei einem Dezernatsetat von 848,- Mio. Euro müssten doch zu decken sein. Er führt aus, dass Frau Reker Kürzungen im Volumen von 8 Mio. Euro vorschlage, ohne eigene Prioritäten zu setzen. Über Prioritätensvorschläge aus der Verwaltung müsste der Ausschuss Soziales und Senioren aber eine inhaltliche Diskussion führen können. Es habe sich in den Haushaltsberatungen etwas geändert: Die Beigeordneten könnten ja über ihren Haushaltsbereich selber entscheiden bzw. ihn verteidigen oder ausbauen. Herr Detjen hätte es begrüßt, wenn im Ausschuss Soziales und Senioren über diese Vorschläge und die Dramatik der Auswirkungen hätte diskutiert werden können. Er kritisiert, dass Frau Reker die Mitglieder des Ausschusses nicht von Anfang an darauf aufmerksam gemacht habe, dass die Beigeordneten selbstständig handeln und anders als in den vergangenen Jahren eigenständig für eine Haushaltsdeckung zuständig seien. Die Linke fordere, dass diese sozialen Kürzungen zurück genommen werden. Er werde dazu auch konkrete Vorschläge machen. Er verstehe nicht, dass Frau Reker im Stadtvorstand diesen Haushaltsentwurf mitgetragen habe, mit all seinen dramatischen Auswirkungen für die Stadtgesellschaft. Vielen sei unbekannt, dass sich der Stadtvorstand für diesen Haushalt 11 Leitziele gegeben habe.

Eines davon laute: „Integration und Inklusion meistern“.

Wenn man sich Ziele setzt, sollte man auch die Finanzmittel bereitstellen und nicht ungedeckt Vorlagen einbringen. Er kritisiert, dass der Stadtvorstand nicht zu den Zielen stehe und er verstehe nicht, warum sich Frau Reker nicht für ausreichende Finanzmittel für das interkulturelle Maßnahmenprogramm einsetze?

Frau Reker antwortet, dass die Kürzungen im Sozialhaushalt nicht gerechtfertigt seien und sie in diesem Punkt mit Herrn Detjen einer Meinung sei. Selbstverständlich sei auch, dass Politik und Verwaltung gemeinsam an einer Lösung arbeiten müssten, damit diese Kürzungen nicht durchgeführt werden. Bei dem Vorschlag handele es sich um eine lineare Berechnung der Konsolidierungsvorgabe für das Dezernat V, nicht um Vorschläge des Dezernates V.

Frau Heuser merkt an, dass die finanziellen Kürzungen auch bei den Pflichtaufgaben des Dezernates V zu verzeichnen seien. Sie sei froh, dass die Vorlagen vorlägen und man an der Umsetzung arbeiten könne. Dies war über Jahre hinweg nicht möglich. Aus dem Dezernat I, III und IV lägen immer noch keine Vorlagen zum interkulturellen Maßnahmenprogramm vor.

Frau Gärtner erinnert daran, dass im Sozialausschuss immer gemeinsam um den „Besten Weg“ gerungen würde. Die vorgeschlagenen Kürzungen halte sie für nicht akzeptabel und es sei die Aufgabe der Politik, dieses Problem zu lösen. Die CDU Fraktion werde konkrete Vorschläge unterbreiten. Die Aussagen von Herrn Detjen empfinde sie als „billige Wahlkampfpolemik“. Das Problem sei, dass die Kämmerin jedem Dezernat gedeckelte Budgets zugewiesen habe. Sie würde begrüßen, dass der Sozialausschuss auch in schwierigen Zeiten zusammen stehen würde.

Frau Hoyer schließt sich den Aussagen von Frau Gärtner an. Sie bedankt sich bei der Dezernentin für die gute Informationspolitik.

Herr Kersjes kommentiert, dass die Liga auf die Auswirkungen der finanziellen Kürzungen hingewiesen habe. Er hält es für wichtig, dass die Politik - bevor sie neue Aufgaben anpacke - genau nachsehe, welche Projekte bereits vorhanden seien und weitergeführt werden sollten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold missbilligt für die SPD Fraktion die zehnpromzentige Kürzung bei den freiwilligen Leistungen und hält sie für nicht umsetzbar. Er hätte sich von der Dezernentin gewünscht, dass sie eine Prioritätenliste vorgelegt hätte. Den allgemeinen Appell, eine Lösung aus dieser schwierigen Situation herauszufinden, hält er für wohlgemeint, vereinfache jedoch in keiner Weise die anstehende Arbeit.

Frau Bajou fragt, ob Vorlagen zum interkulturellen Maßnahmenprogramm fehlen würden.

Frau Rehberg antwortet, dass alle Vorlagen vorliegen würden. Dies wird von Herrn Paetzold bestätigt.

Herr Detjen appelliert noch einmal an die Fachverwaltung, eine Prioritätenliste zu erstellen. Zu Frau Gärtner antwortet er, dass die Kürzungen nicht von der Kämmerei zugewiesen seien.

Frau Reker antwortet zu Herrn Detjen, dass die Fraktion „die Linke“ im Gegensatz zu anderen Fraktionen noch nicht mit ihr das Gespräch über die Kürzungen im Haushalt gesucht habe.

Herr Detjen sagt, dass er sich die Informationen von dem Fachgespräch erhofft habe.

Frau Hollmann sagt, dass sie keinen Unterschied zu den Kürzungsdiskussionen von vor zwei Jahren sehe. Auch erwarte sie von der Politik, dass sie die Entscheidungen über mögliche Kürzungen treffe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold hält fest, dass der Sozialausschuss sich auch im laufenden Jahr gemeinsam mit der Verwaltung Gedanken über die Konsolidierung des Sozialhaushaltes machen müsse und nicht immer wieder erst „auf den letzten Drücker“. Er schlägt eine Expertenrunde der sozialpolitischen Sprecher/innen mit der Dezernentin vor.

Herr Klausing erinnert daran, dass der Sozialausschuss bisher die Beschlüsse erst sehr spät gefasst habe.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren lehnt die Verweisung der Maßnahme „Einrichtung von Gesundheitsstützpunkten in allen 9 Stadtbezirken als wohnortnahes/ niedrigschwelliges Beratungs-/ Serviceangebot“ in die Haushaltsplanberatungen 2015 ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**10.3 Einrichtung eines Gesamtbudgets („Integrationsbudget“) zur Umsetzung des 'Interkulturellen Maßnahmenprogramms - Maßnahmenempfehlungen 1267/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt den Beschluss

- des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 15.12.2014
- des Integrationsrates vom 19.01.2015
- des Ausschusses Soziales und Senioren vom 05.03.2015

zur Einrichtung eines Integrationsbudgets zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015.

Als Basis für eine Entscheidung hinsichtlich der Höhe eines einzurichtenden Integrationsbudgets nimmt der Ausschuss für Soziales und Senioren die anliegende „Darstellung des zusätzlichen jährlichen Finanzbedarfes“ zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**10.4 Rücknahme der Kürzung von Mitteln für Antirassismustraining 1284/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die folgende, im Hpl.-Entwurf 2015 nicht berücksichtigte Maßnahme aus der Verwaltungsvorlage 2225/2014, Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen, Ausschuss für Soziales und Senioren, lfd. Nr. 4 aus Anlage B zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015:

Rücknahme der Kürzung von Mitteln für Antirassismustraining (ursprünglich 50.000 €/Jahr) beinhaltet u.a. Förderung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten des „Kölner Forum gegen *Rassismus und Diskriminierung*“.

Zusätzliche Kosten: 40.000,- €/Jahr.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**10.5 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen,, AN/1604/2014  
Hier: GA 9 Verbesserung der psychosozialen Betreuung von Flüchtlingen  
1331/2015**

Frau Heuser bemerkt, dass der angegebene Betrag fehlerhaft sei. In der Vorlage sei nur ein Budget von 60.000,- Euro ausgewiesen, tatsächlich müssten es jedoch 120.000,- Euro sein. Sie bittet um Berichtigung.

Frau Reker sagt zu, das finanzielle Budget so zu berichtigen, wie es vom Integrationsrat beschlossen worden sei.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die folgende, im Hpl.-Entwurf 2015 nicht berücksichtigte Maßnahme aus der Verwaltungsvorlage 2225/2014, Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen, Gesundheitsausschuss, lfd. Nr. GA9 aus Anlage B zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015:

Fortführung der psychosozialen Unterstützung von Flüchtlingen im Therapiezentrum für Folteropfer durch Bereitstellung von zusätzlichen 60.000 € ab dem Jahr 2015.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**10.6 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen,, AN/1604/2014  
Hier: GA4 Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern bei der Stadtverwaltung Köln als "Integrationslotsen im Gesundheitswesen"  
1342/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die folgende, im Hpl.-Entwurf 2015 nicht berücksichtigte Maßnahme aus der Verwaltungsvorlage 2225/2014, Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen, Gesundheitsausschuss, lfd. Nr. GA 4 aus Anlage B zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015:

Bereitstellung von 32.500 € für die Qualifizierung, Koordination und Einsatz von herkunftssprachlichen Zuwanderern bei der Stadtverwaltung Köln als „Integrationslotsen Gesundheit“.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**10.7 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm –**

**Maßnahmenempfehlungen“ AN/1604/2014**  
**Hier: GA 2 Interkulturelle Öffnung der Suchtberatungsstellen**  
**1295/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die folgende, im Hpl.-Entwurf 2015 nicht berücksichtigte Maßnahme aus der Verwaltungsvorlage 2225/2014, Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen, Gesundheitsausschuss, lfd. Nr. GA2 aus Anlage B zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015:

Laufende Aktualisierung der städtischen Wegweiser „wichtige Adressen für hilfesuchende Drogenabhängige in Köln“ sowie „die Hilfen für Menschen mit Alkohol- oder Medikamentenabhängigkeit“ auf den städtischen Internetseiten und um deren Erweiterung um die migrationsspezifischen Angebote sowie Fremdsprachenkenntnisse.

Entwicklung und Vorlage eines Konzeptes zum Ausbau und zur Umsetzung migrationsspezifischer Suchtberatung in Form ergänzender zielgruppenspezifischer Sprechstunden in den Regelangeboten der Suchtberatungsstellen unter Berücksichtigung zum Beispiel der links- und rechtsrheinischen Angebote.

Bereitstellung von zusätzlichen 60.000 € ab dem Jahr 2015 für die Finanzierung der zielgruppenspezifischen Sprechstunden für Migrantinnen und Migranten über Zuschüsse an die einzelnen Träger.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**10.8 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen,, AN/1604/2014**  
**Hier: GA1 Fortschreibung Gesundheitswegweiser für Kölner/innen mit Zuwanderungsgeschichte**  
**1320/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die folgende, im Hpl.-Entwurf 2015 nicht berücksichtigte Maßnahme aus der Verwaltungsvorlage 2225/2014, Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen, Gesundheitsausschuss, lfd. Nr. GA 1 aus Anlage B zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015:

Bereitstellung von einmalig 15.000,00 € für die Entwicklung einer Datenbank und laufend jährlich 8000,00 € zur Datenaktualisierung, Pflege der Internetveröffentlichung und des Drucks des „Gesundheitswegweiser für Kölner/innen mit Zuwanderungsgeschichte“.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

- 10.9 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 „Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 – „ Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen,, AN/1604/2014  
Hier: GA5 Einrichtung eines Budgets in Höhe von 50.000 € zum Einsatz von Sprach- und Integrationsmittlern/innen im Gesundheitswesen  
1329/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die folgende, im Hpl.-Entwurf 2015 nicht berücksichtigte Maßnahme aus der Verwaltungsvorlage 2225/2014, Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen, Gesundheitsausschuss, lfd. Nr. GA 1 aus Anlage B zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015:

Einrichtung eines Budgets in Höhe von 50.000,00 € jährlich zum Einsatz von professionellen Sprach- und Integrationsmittlern/innen im Gesundheitswesen, da die hierfür einmalig in 2014 bewilligten Landesmittel nicht mehr zur Verfügung stehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

- 10.10 Gesundheitsausschuss vom 17.03.2015 TOP 4.1 "Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2225/2014 - Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen" AN/1604/2014  
Hier: GA 6 Einrichtung einer Koordinierungsstelle "Gesundheit und Migration"  
1341/2015**

Frau Heuser bemerkt, dass der angegebene Betrag fehlerhaft sei. Vom Integrationsrat sei das Budget mit 90.000,- Euro angegeben worden. Sie bittet um Berichtigung.

Frau Reker sagt zu, das finanzielle Budget so zu berichtigen, wie es vom Integrationsrat beschlossen worden sei.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren lehnt die Verweisung der Maßnahme „Einrichtung einer Koordinierungsstelle „Gesundheit und Migration“ im Gesundheitsamt“ in die Haushaltsplanberatungen 2015 ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

- 10.11 Interkulturelles Maßnahmenprogramm- Maßnahmenempfehlungen  
Hier: "Einrichtung eines Budgets zum Einsatz von professionellen Sprach- und Integrationsmittlern im Rahmen eines gesamtstädtischen Konzeptes mit 200.000 € / Jahr"  
1402/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die folgende, im Hpl.-Entwurf 2015

nicht berücksichtigten Maßnahme aus der Verwaltungsvorlage 2225/2014, Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen, aus Anlage B zur Kenntnis (SoSe 13:) Einrichtung eines Budgets zum Einsatz von professionellen Sprach- und Integrationsmittlern im Rahmen eines gesamtstädtischen Konzeptes mit **200.000 € Jahr**

und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung der genannten Maßnahme in die Haushaltsplanberatungen 2015.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**10.12 Einrichtung einer Personalstelle zu Prävention und Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung  
1604/2015**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die folgende, im Hpl.-Entwurf 2015 nicht berücksichtigte Maßnahme aus der Verwaltungsvorlage 2225/2014, Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen, Ausschuss für Soziales und Senioren, lfd. Nr. 3 aus Anlage B zur Kenntnis und verweist die abschließende Entscheidung zur Finanzierung und Umsetzung in die Haushaltsplanberatungen 2015:

Einrichtung einer Personalstelle bei 5001 im Rahmen von Diversity zur Prävention und Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Zusätzliche Kosten: 80.000,- €/Jahr.

Einstellung von 1.500,- € als Mitgliedsbeitrag der Stadt Köln in der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ in den städtischen Haushalt.

Zusätzliche Kosten: 1.500,-€/Jahr

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**10.13 Resolution zu "Barrierefreies Wohnen"  
hier: Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus  
der Sitzung am 26.02.2015  
0790/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass die Verwaltung beauftragt werde, den Fachausschüssen zu jedem einzelnen Punkt in der Resolution darzulegen, wie diese umgesetzt werden können.

Herr Ladenberger bittet darum, dass die Verwaltung dem Sozialausschuss regelmäßig Bericht erstatte.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren, der Ausschuss Allgemeine Rechtsfragen / Vergabe / Internationales, der Stadtentwicklungsausschuss und der Liegenschaftsausschuss unterstützen die Resolution „Barrierefreies Wohnen“ der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und beauftragen die Verwaltung, den Fachausschüssen zu jedem einzelnen der in der Resolution aufgeführten Punkte darzulegen, ob und ggfs. wie diese umgesetzt werden können.

Die Resolution ist als Anlage beigefügt.

**Begründung der Dringlichkeit:**

Es ist wichtig, dass die Beschlussvorlage vom Ausschuss Soziales und Senioren in der Sitzung am 28.05.2015 behandelt wird, damit der Prüfauftrag an die Verwaltung kurzfristig erteilt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

**12 Ausschussempfehlungen an den Rat**

**12.1 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen  
(Beschluss vom 17.12.2013, 2829/2013)  
1175/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold begrüßt den Vorschlag, die Laufzeit des Sonderprogramms bis zur vollständigen Verausgabung der bereitgestellten Fördermittel zu verlängern.

Frau Hoyer sagt, dass die FDP Fraktion dieser Verlängerung nicht zustimmen werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:

Der Rat möge beschließen:

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Verlängerung der Laufzeit des am 17.12.2013 beschlossenen Sonderprogramms „Investitionskostenzuschuss“ bis zur vollständigen Verausgabung der bereitgestellten Fördermittel, längstens bis zum 31.12.2016.

Zur Finanzierung beschließt der Rat die überplanmäßige Bereitstellung von 1.781.819 € in 2015 im Teilfinanzplan 1003 - Wohnraumförderung, Wohnraumerhaltung und – pflege, Hilfen für Wohnungssuchende -, Teilplanzeile 11 - Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen - bei Finanzstelle 5600-1003-0-AZ02 – Investorenzuschuss Wohnungsbauprogramm.

Die Deckung erfolgt in 2015 in entsprechender Höhe aus den im HPL-Entwurf im Teilfinanzplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft – Teilplanzeile 12 – Sonstige Investitionsauszahlungen – veranschlagten Mitteln.

Die für die Dauer der o.g. Bestimmungen voraussichtlich ab dem Hj. 2016 entstehenden Aufwendungen für die Auflösung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens i.H.v. rd. 89.000 € p.a. werden im Rahmen des Haushaltsplans 2016 ff in der Teilplanzeile 16 -Sonstige ordentliche Aufwendungen – berücksichtigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei einer Gegenstimme von Frau Hoyer **zugestimmt**.

## **12.2 Verbraucherberatung im Quartier 1324/2015**

Frau Heuser bittet die Verwaltung darum, folgende Fragen bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren zu beantwortet werden.

1. Wie viele Träger bieten das Spektrum o.a. Beratungsangebote in Köln über Schuldnerberatungsstellen für dieselbe Zielgruppe in den Stadtbezirken an?
2. In welchem Umfang bezuschusst die Stadt Köln diese Beratungsangebote?
3. Inwieweit bewirbt die Stadt Köln diese Beratungsangebote?
4. Ist das zusätzliche Angebot der Verbraucherzentrale redundant zu den bereits vorhandenen Angeboten?
5. Sofern die Stadt Köln eine Vereinbarung über „Verbraucherberatung im Quartier“ schließen würde, müsste diese ab 2017 zu 50% aus dem Stadthaushalt finanziert werden. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage ist davon auszugehen, dass dies nur zu Lasten anderer Beratungsangebote möglich wäre. Teilt die Verwaltung diese Einschätzung oder sieht sie anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten?
6. Mit welchem finanziellen Aufwand seitens der Stadt Köln und für welche konkreten Beratungsleistungen wurde die Verbraucherzentrale bereits für den Zeitraum 2015 bis 2019 für den Bereich „Schuldner- und Insolvenzberatung“ beauftragt?

Frau Gärtner unterstützt, dass die Fragen von Frau Heuser bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren beantwortet werden sollen.

Herr Detjen regt an zu prüfen, ob vor der nächsten Ratssitzung eine Sondersitzung des Ausschusses Soziales und Senioren zu diesem Tagesordnungspunkt einberufen werden kann. Er erinnert daran, dass über diese Vorlage bereits seit über drei Jahren diskutiert werde. Das Landesministerium NRW habe die finanziellen Mittel für dieses Angebot freigehalten. Er befürchtet, dass die finanziellen Mittel des Landesministeriums NRW nicht mehr zu Verfügung stehen würden, wenn die Vorlage in dieser Sitzung nicht beschlossen werde. Er macht darauf aufmerksam, dass der aktuelle Haushalt nicht zusätzlich finanziell belastet werde, sondern nur die mittelfristige Finanzplanung betroffen sei. Er bittet darum, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu schieben.

Frau Reker bestätigt, dass durch den Beschluss dieser Vorlage tatsächlich die mittelfristige Finanzplanung betroffen wäre, aber dies auch in der Zukunft eine zusätzliche finanzielle Belastung bei schwierigen Haushaltsverhältnissen darstellen würde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erklärt noch einmal die vorliegende Beschlussvorlage, liest diese vor und macht darauf aufmerksam, dass der Maßnahme auch eine wissenschaftliche Evaluation zur Seite gestellt werde. Er weist eindringlich daraufhin, dass mit dem zur Abstimmung stehenden Beschluss nicht über eine kommunale Kostenbeteiligung entschieden werde. Die Verwaltung werde lediglich zu einer weiteren Prüfung beauftragt. Er erwarte, dass die hier gestellten Fragen bis zur Entscheidung über die Kostenbeteiligung von der Verwaltung beantwortet werden. Wenn heute kein Beschluss gefasst werde, könne die Verwaltung nicht weiter arbeiten und die finanziellen Mittel vom Land würden nicht mehr zur Verfügung stehen. Damit würde dieses Projekt nicht mehr zur Umsetzung kommen. Er appelliert an die Mitglieder des Ausschusses, die Beschlussvorlage zu beschließen, da es sich ausschließlich um eine Prüfung handeln würde und daraus keine finanziellen Verpflichtungen entstehen würden.

Frau Hoyer sieht große Probleme in der langfristigen Finanzierung dieses Projektes und werde deshalb gegen diesen Beschlussvorschlag votieren obwohl sie es für ein gutes Projekt halte.

Frau Gärtner bittet um eine ergebnisoffene Prüfung der gestellten Fragen.

Frau Heuser missbilligt, dass der zukünftige Haushalt durch dieses Projekt zu stark belastet werden könne.

Der Vorsitzende Herr Paetzold regt an, die vorliegenden Fragen von der Verwaltung beantworten zu lassen und diese Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu schieben.

Herr Kersjes merkt an, dass es bereits ein ähnliches Angebot von der Liga gebe. Durch das vorliegende Konzept könnte eine Doppelstruktur aufgebaut werden, die er nicht unterstützen könne. Es sollten eher die bereits vorhandenen Strukturen unterstützt werden, als neue Angebote zu finanzieren. Er halte das Angebot des Landes für ein „Trojanisches Pferd“, da die Kosten nur für zwei Jahre vom Land übernommen würden und ab dem dritten Jahr den kommunalen Haushalt belasten würden. Auch die Wohlfahrtsverbände möchten gerne Leistungsvereinbarungen mit einer Laufzeit fünf Jahren abschließen, um damit eine größere Planungssicherheit zu erreichen. Leider sähen diese bei den freien Trägern immer nur drei Jahre vor.

Der Vorsitzende Herr Paetzold merkt an, dass der Vergleich mit dem „Trojanischen Pferd“ stark hinke, da die Trojaner damals getäuscht worden seien, bei dem zur Abstimmung stehenden Projekt wüssten aber alle Beteiligten, worauf sie sich einlassen würden.

Frau Hollmann befürchtet, dass die finanziellen Mittel für bereits bestehende Angebote durch das neue Projekt weiter reduziert werden könnten.

Herr Detjen erinnert daran, dass immer eine 50% Finanzierung des Landes an diesem Projekt bestehen bleiben würde.

Frau Woller ist der Ansicht, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren das Fachgremium sei und deshalb solle die Vorlage nicht in den Rat geschoben werden. Wenn

die Fragen beantwortet seien, solle dieser Beschlussvorschlag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung darüber auf, ob der vorliegende Beschlussvorschlag – mit der Beantwortung der vorliegenden Fragen – ohne Votum in den Rat verschoben werden soll. Er stellt fest, dass dieser Vorschlag gegen die Stimmen von der SPD Fraktion und der Fraktion die Linke **abgelehnt** wird.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung darüber auf, ob der vorliegende Beschlussvorschlag – mit der Beantwortung der vorliegenden Fragen – in die nächste Sozialausschusssitzung verschoben werden soll. Er stellt fest, dass diesem Vorschlag mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion die Linke **zugestimmt** wird.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung des Ausschusses zu verschieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion die Linke **zugestimmt**

**12.3 Gesundheits-Chipkarte zur medizinischen Versorgung nach §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) 1408/2015**

Frau Hoyer bittet, wegen Beratungsbedarf die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verschieben.

Herr Klausing fragt, worin der Unterschied zwischen dem Beschlussvorschlag und der vorliegenden Alternative bestehe.

Frau Reker antwortet, dass die medizinische Versorgung für die Menschen mit Leistungsansprüchen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz fallen, bei dem Beschlussvorschlag vereinfacht werden sollen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verschieben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**12.4 Einleitung des Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrags zur Inventarausstattung von Flüchtlingsunterkünften 1446/2015**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:

Der Rat möge beschließen:

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zweck des Abschlusses eines Rahmenvertrags das Vergabeverfahren nach den Bestimmungen der VOL/A-EG durchzuführen. Auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes wird verzichtet.

Übersicht:

Rahmenvertrag	Laufzeit	Geschätzter Auftragswert p. a. ohne MwSt.	Geschätzter Auftragswert Vertragslaufzeit gesamt ohne MwSt.	Geschätzter Auftragswert Vertragslaufzeit gesamt mit MwSt.
Inventarausstattung Flüchtlingsunterkünfte	48 Monate	2.100.000 €	8.400.000 €	10.000.000 €

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**12.5 Barrierefreies Wohnen  
hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW  
0787/2015**

Herr Ladenberger erklärt den Unterschied zu TOP 10.3: Unter diesem Tagesordnungspunkt werde ein Appell an die Stadt Köln gerichtet. Bei diesem Tagesordnungspunkt sei das Land NRW der Adressat.

Frau Hoyer bittet um eine mündliche Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Dr. Bell antwortet, dass mit dem vorliegenden Beschluss der Anteil barrierefreier Wohnungen erhöht würde. Solche Wohnungen wären jedoch teurer als nicht barrierefreie Wohnungen. Es gelte abzuwägen, ob mehr und dadurch teurere barrierefreie Wohnungen oder billigere und mehr Wohnungen gebaut werden sollen. Der vorliegende Appell besagt, dass mehr barrierefreie Wohnungen gebaut werden sollten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:

Der Rat möge beschließen:

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren, der Ausschuss Allgemeine Rechtsfragen / Vergabe / Internationales, der Stadtentwicklungsausschuss und der Liegenschaftsausschuss beschließen folgende Empfehlung an den Rat:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat schließt sich dem Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW (siehe Anlage) an.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**

**13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

**14 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**

**14.1 Förderung des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe durch das Land NRW 1270/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**14.2 Verkauf städtischer Grundstücke Merkenicher Straße/ Niehler Damm in Köln-Niehl und Thuleweg/ Frankenforster Straße in Köln-Höhenhaus zur Errichtung von konventionellen Flüchtlingsunterkünften 1404/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**14.3 Bericht 1421/2015**

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Mitteilung in die nächste Sitzung.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob es unter TOP 23 aktuelle Anfragen im nicht-öffentlichen Teil gebe. Er stellt fest, dass dies nicht der Fall ist und schließt die Sitzung.